

Mitteilung an die Medien

Freitag, 13. November 2020

Gemeinsame Pressemitteilung des DGB und der GEW in Sachsen-Anhalt:

Schulen in der Corona-Krise

Gewerkschaften fordern: Arbeits- und Gesundheitsschutz ernst nehmen, RKI Empfehlungen umsetzen

Derzeit sind in Sachsen-Anhalt laut Bildungsministerium zahlreiche Schulen (40 geschlossen/ 11 teilgeschlossen), 577 Lehrkräfte und 5.490 Schüler*innen von Quarantäneanordnungen betroffen. Das Infektionsgeschehen bleibt weiterhin ungünstig, Stand 12.11. lag der sogenannte 7-Tages-Inzidenzwert landesweit bei 69,3 Infizierten auf 100.000 Einwohner. Bundesweit kommen Zweifel auf, ob Schulen im Regelbetrieb ausreichenden Infektionsschutz gewährleisten können. Das pädagogische Personal, Schüler*innen und Eltern sind verunsichert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Sachsen-Anhalt fordern von der Landesregierung ein schnelles Eingreifen und die Abkehr vom Regelbetrieb sowie finanzielle Absicherungen für betroffene Eltern. Für Berufsbildende Schulen sollte der Regelbetrieb sofort eingestellt werden.

Eva Gerth, Landesvorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft: „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind verunsichert, da das Infektionsrisiko im Rahmen des Schulbetriebs nicht zu vernachlässigen ist und derzeit zunimmt. Wir wünschen uns im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes den Übergang in den so genannten Hybridunterricht mit kleineren Klassen anstatt Regelbetrieb bis zum bitteren Ende.“

Malte Gerken, GEW Landesvorstand, Personalrat und Berufsschullehrer: „Gerade Berufsbildende Schulen weisen ein erhöhtes Infektionsrisiko auf, da in zentralen Fachklassen Berufsschüler*innen teilweise aus mehreren Bundesländern und Landkreisen für den Unterricht anreisen. Wir wissen von Fällen, in denen Schüler den Berufsschulunterricht verweigert haben. Die Berufsschulen müssen sofort in Kleingruppen- oder Distanzbetrieb übergehen, um länderübergreifende Infektionsketten, die sich auf Mitmenschen und Betriebe auswirken, zu vermeiden.“

Susanne Wiedemeyer, Landesleiterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen-Anhalt: „Die Lage ist ernst. Ein eingeschränkter Regelbetrieb für Eltern, Schüler und Lehrkräfte ist eine große Herausforderung, aber die Gesundheit geht vor. Angesichts der Diskussion über eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes auf Bundesebene fordern wir für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen müssen, einen Rechtsanspruch auf bezahlte und existenzsichernde Freistellung.“

Das Robert Koch-Institut empfiehlt Schulen, die sich in Gebieten mit einer 7-Tages-Inzidenz von über 50 Infektionen auf 100.000 Einwohner befinden, in den Betrieb mit geteilten Klassen überzugehen. Der aktuelle Rahmenplan des Bildungsministeriums Sachsen-Anhalt hingegen sieht den eingeschränkten Betrieb mit kleineren Klassen erst vor, wenn sich ein Viertel der Schulgemeinschaft an einem Standort in Quarantäne begeben muss.

Martin Mandel – Pressesprecher DGB LSA, Alexander Pistorius – Pressesprecher GEW LSA